



Dieter Neumann



ONLINEZEITUNG
Presseportal der Initiative
Agenda 2011 – 2012

Berichte
News
Kommentare

*Sorgfältige
Ermittlung,
zurückhaltend bei
Informationen*

**Inhalt: Ein
Sanierungskonzept
von 275 Mrd. Euro
pro Jahr. In 10
Jahren 3 Bil. Euro**

**Ergebnis:
Ausgeglichene
Haushalte und
Rückführung der
Staatsschulden**



3 Jahre Agenda 2011 - 2012
3 Jahre Sozialpolitik
3 Jahre Krisenmanagement

www.agenda2011-2012.de
www.agenda-news.de

Sozialkrise mit ungeahnten Folgen

Lehrte, 1. Juli 2013 Bisher standen die Wirtschafts-, Banken- und Finanzkrise und die daraus entstandene Vertrauenskrise im Focus allgemeiner Betrachtungen. Eine Lösung der damit verbundenen Probleme ist seit 2008 nicht in Sicht. Die Notenbanken der USA, Japans und der EU-Staaten (EZB und nationale Notenbanken) haben Billionen frische Dollar, Yen und Euro in die Märkte gepumpt und sie dadurch beruhigt. Die Schulden der so genannten Geberländer liegen nach dem Maastricht-Referenzwert von 60 % zwischen 80 und 220 Prozent, gemessen am BIP. Europäische Banken wurden mit rund 1,2 Billionen Euro gestützt. 85 Milliarden Euro flossen in die Anglo Irish Bank, die Deutschland dafür durch den Dreck zieht.

Die Nehmerländer Irland, Portugal, Griechenland, Spanien und Zypern hängen am Tropf des Internationalen Währungsfonds, der EZB und EU-Staaten, ohne diese Unterstützung wären sie zahlungsunfähig und pleite. Ungarn, Rumänien, Albanien, Kroatien (18. EU-Mitglied) und Tschechien befinden sich in der Warteschleife und hoffen, jeder für sich, auf Milliardenhilfe aus Europa. Spanien, Italien, Frankreich, Belgien und England könnten folgen. Der Ehrgeiz der Politik besteht darin den Nehmerländern Sparprogramme aufzuzwingen, ohne im Gegenzug ein Engagement für Wachstumsimpulse erkennen zu lassen.

Die Banken zocken mit billig geliehenem Geld statt es in die Wirtschaft zu geben. Dem Mittelstand werden billige Kredite vorenthalten. Das Misstrauen der Banken sich unter einander Geld zu leihen gipfelt darin, dass japanische Banken dafür 22 Prozent Zinsen zahlen müssen. Die neuen großen billigen Geldmengen fließen zu Banken, Spekulanten und in die Börsen. Die Schulden der EU-Staaten sind 2012 um rund 560 Milliarden Euro gewachsen. 55 Prozent der deutschen DAX-Notierten Unternehmen befinden sich in ausländischem Besitz (ARD). Die Auswirkungen der Krise bekommen die Menschen zu spüren:

Die Menschen demonstrieren und streiken weltweit für ein Existenzminimum, gegen hohe Arbeitslosigkeit, Billig-/ Dumpinglöhne, Minijobs und Werkverträge, Mieterhöhungen, steigende Rohstoff- und Energiekosten, steigende Inflationsraten, steigende Gemeinkosten, sinkende Einkommen, Rentenkürzungen und Entlassungen. Hinzu kommen fehlende Meinungs-, Pressefreiheit und Korruption. In Brasilien protestieren die Menschen dagegen, dass Milliarden für die Fußball-WM 2014 ausgegeben werden. Die Inflationsrate bei Lebensmitteln liegt bei 12 Prozent, die allgemeine Preissteigerung bei 6,5 Prozent. Die Preise für den Nahverkehr wurden mehrfach, zuletzt um 7,5 %, erhöht und auf Grund des öffentlichen Drucks wieder zurückgenommen.

Der brasilianische Mindestlohn stieg zum 01. Januar 2012 auf 622 Reais (ca. 256 Euro). Damit steigt der gesetzliche Mindestlohn im größten Land Südamerikas (und 10-größte Volkswirtschaft) von derzeit 545 Reais (ca. 224 Euro) um 14,13 Prozent. Nach der Erhöhung beträgt damit der Mindest-Tageslohn 20,73 Reais (ca. 8,50 Euro) und der Mindest-Stundenlohn 2,83 Reais (ca. 1,15 Euro). Wie in Brasilien ist der gesetzliche Mindestlohn in der EU an der Tagesordnung – nur nicht in Deutschland.

Brasiliens Sozialkrise ist überall – international. Das größte Problem Brasiliens ist die mangelhafte orientierungslose politische Führung, Reformen werden nicht angegangen. Das Wachstum ist von 7,5 Prozent auf unter ein Prozent zurückgegangen. Das steht im Zusammenhang mit der ungleichen Landverteilung. So waren bis 1998 2,8% der Bauern Großgrundbesitzer mit zusammen 57% der Agrarfläche, wohingegen 90% der Bauern sich 22% der Fläche teilen mussten. Etwa fünf Millionen Familien gelten als landlos.

Die staatlichen Schulen genießen einen schlechten Ruf. Da dem staatlichen Gesundheitswesen nur wenig Geld zur Verfügung steht, sind viele Krankenhäuser stark

renovierungsbedürftig und veraltet. Die Kriminalitätsrate liegt über dem weltweiten Durchschnitt. So starben gemäß einer Statistik von 2010 mindestens 35.233 Menschen durch Mord oder Totschlag. Dies

entspricht einer Zahl von über 96 Tötungsdelikten pro Tag. Die Gesamtsituation Brasiliens ist der Nährboden für weltweite Demonstrationen und Streiks.

In Städten Ägyptens herrscht Anarchie, es ist nicht ausgeschlossen, dass das Militär putschen wird. Obama warnt vor Reisen dort hin. Die ersten Ausländer verlassen das Land. Die Folgen von Auseinandersetzungen und Streiks in den Nordafrikanischen Staaten sind gegenwärtig.

Was dürfen wir von China, Indien und Russland erwarten, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden? Wo Pressefreiheit ein Fremdwort ist? Wo Polizei, Geheimdienste und Militär keine Demonstrationen zulassen! In China steht eine bitterarme Landbevölkerung einer immer reicheren Führungselite gegenüber. Der Staat ist durch und durch korrupt, was für Beamte, Parteikader, Mitarbeiter von Staatsunternehmen und die Staatsspitze zutrifft. China ist nicht mehr weit vom Land mit den größten Ungerechtigkeiten der Welt entfernt, dem von der Apartheid sozial zerrissenen Südafrika.

Soziale Ungerechtigkeit ist Ausdruck der Sozialkrise und der Anlass, dass Menschen für ihre Rechte demonstrieren. Den europäischen Staaten gehen Billionen durch Steuerflucht in Steueroasen verloren. Große amerikanische, weltweit agierende Unternehmen zahlen auf Umsätze von 20 bis 30 Milliarden Dollar, gerade einmal 6 bis 8 Prozent Steuern. Das alles lassen sich die Menschen nicht mehr ohne weiteres gefallen. Demonstrationen und Streiks sind Mittel ihre Interessen durchzusetzen.

Verkommen wir zum Billiglohn-Land weil wir wettbewerbsfähige Löhne und wettbewerbsfähige Steuern haben? Weil wir bei den Lohnzuwächsen in der EU an letzter Stelle liegen und die niedrigsten Lohnnebenkosten haben? 41,6 Millionen Beschäftigte hatten 2012 Brutto-Arbeitsentgelte (Volkseinkommen) von 1.324 Mrd. Euro. Darauf zahlten sie 161 Mrd. Euro Lohn-/Einkommensteuern. Es flossen demnach 13 % Steuern in die Staatskasse. Die Unternehmenseinkünfte lagen bei 647 Mrd. Euro und wurden mit 132 Mrd. Euro versteuert (rund 20 %). An Mehrwertsteuern wurden 847 Mrd. Euro vereinnahmt, wovon 131 Mrd. Euro in die Staatskasse flossen (13 %) und 710 Mrd. Euro Unternehmen vergütet wurden.

Leere Staatskassen und Wahlgeschenke von 30 Mrd. Euro, zu denen keiner sagt wie sie finanziert werden sollen! Deutschland ist mit rund 500 Mrd. Euro überschuldet. Mal hören wir, dass 57 % der Deutschen Angela Merkel nicht wollen, dann, dass sie bei 80 % der Bevölkerung beliebt ist. Mal lobt man die Wirtschaft und Wirtschaftswachstum, im nächsten Moment erfährt man, dass die Bundesrepublik nicht mehr zur Top-Gruppe der 20 attraktivsten Investitionsziele zählt. Das geht aus dem in Genf veröffentlichten Weltinvestitionsbericht 2013 der [UN](#)-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) hervor.

[Entwicklungsländer](#) sind laut der UN auf dem Vormarsch. Sie verbuchten zum ersten Mal mehr Direktinvestitionen als die Industriestaaten. Nur beim Abbau der Staatsschulden sind alle gleich – ratlos. Erst wenn sich die Finanzelite angemessen an den Kosten des Staates beteiligt werden wir die Krise überwinden. In Deutschland hat sich im Straßenbau ein Investitionsschub von 70 Mrd. Euro, im sozialen Wohnungsbau von 20 Mrd. Euro und im sozialen Bereich von 10 Mrd. Euro aufgebaut. Zu diesen 100 Mrd. Euro kommt ein Investitionsbedarf von 100 bis 200 Mrd. Euro für Wachstumsimpulse. Dafür fehlen weltweit die Billionen die man vorzugsweise in Schulden investiert hat.

Bei leeren Staatskassen sind das auch die Probleme von Brasilien, den USA, Japan, Russland, China, Indien und Europa. Weltweit gibt es dagegen wahrscheinlich nur ein Konzept: Die Initiative Agenda 2011- 2012 hat bereits im Mai 2010 der Öffentlichkeit ein Sanierungs-Konzept mit einem jährlichen Volumen von über 275 Mrd. Euro vorgestellt. Es steht für ausgeglichene Haushalte, Rückführung der Staatsschulden, Erhöhung der Binnennachfrage, Erhöhung der Kaufkraft und daraus resultierende höhere Unternehmenserträge.

Dieter Neumann

Die größten Ungerechtigkeiten (1) – Überschuldung

Lehrte, 3. Mai 2013 Agenda News, das Presseportal der Initiative Agenda 2011 – 2012, berichtet in Fortsetzungen über die „größten Ungerechtigkeiten“ und stellt ihnen gleichzeitig Lösungsvorschläge gegenüber. Dadurch unterscheidet sich die Pressearbeit im Wesentlichen von anderen Medien in Deutschland und Europa. Eine private Überschuldung liegt dann vor, wenn die Einnahmen plus Kredite oder Darlehen dauerhaft nicht zurückgezahlt werden können.

Der Schulden-Kompass der Schufa nennt folgende Gründe: Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Einkommenseinbußen – 29,3 %, Änderung der Lebensumstände durch Trennung, Scheidung oder Tod des Partners/der Partnerin – 13,5 %, unwirtschaftliche Haushaltsführung (Konsumverhalten) – 8,6 %, Erkrankung, Sucht oder Unfall – 9,8 %, gescheiterte Selbstständigkeit, Existenzgründung – 9,5 % und gescheiterte Immobilienfinanzierung. Die Schulden bei Banken und Inkassounternehmen haben einen Anteil von rund 60 Prozent.

Die Schulden Deutschlands liegen 2012 bei rund 2.100 Mrd. Euro. Gemessen am BIP von 2.645 Mrd. Euro (Referenzwert 60 %) beträgt die Überschuldung rund 500 Mrd. Euro. In den letzten sieben Jahren lag die Neuverschuldung bei circa 700 Mrd. Euro. 2012 war ein boomendes Wirtschaftsjahr, die Exportmarke von 1.000 Mrd. Euro wurde überschritten, die niedrigsten Arbeitslosigkeit seit 1995 und trotzdem waren die Ausgaben mit 1.182 Mrd. Euro höher als die Einnahmen von 1.171 Mrd. Euro. Daraus ergibt sich ein Finanzsaldo von Minus 10,5 Mrd. Euro.

Ein Phänomen ist, dass die Überschuldung nicht thematisiert wird. Die Parteien und die sie begleitenden Medien haben kein Interesse darüber zu berichten. Das passt nicht zu „ihrer“ heilen Welt, schon gar nicht die Gründe die dazu führten. Die Beschäftigten bezogen 2012 Bruttolöhne von rund 1.126 Mrd. Euro (Volkseinkommen) und zahlten darauf rund 178 Mrd. Euro Lohnsteuer. Das sind Einnahmen aus der Lohn- und Einkommenssteuer von 15,89 %. Die Differenz zum Ausgangsteuersatz von 42 % geht durch den hohen Eingangsteuersatz, Freibeträge und Sonderabschriften verloren.

Das sind auch die Gründe für die finanzielle Ausstattung der Bundeshaushalte in den letzten 12 Jahren, die durchschnittlich bei 240 Mrd. Euro lagen. In Folge der Mehrausgaben der Einzel-Haushalte wurden Neuverschuldungen von 50 – 80 Mrd. Euro pro Jahr fällig. Die hohen Steuer-Mehreinnahmen 2012 flossen in die einzelnen Ministerien und nicht in den Abbau der Staatsschulden. Niedriglöhne, Dumpinglöhne, Minijobs und Werkverträge – bei denen keine Sozialleistungen anfallen – werden die Lage weiter verschärfen. Solange Frauen für die gleiche Arbeit, die ihre männlichen Kollegen leisten, 22 % weniger verdienen, werden die zukünftigen Rentenansprüche weiter, dramatisch sinken. Was bedeutet die kalte Progression?

Kalte Progression ist die Steuer Mehrbelastung, die dann eintritt, wenn die Einkommensteuersätze nicht der Preissteigerung angepasst werden. Durch den

progressiven Einkommensteuertarif fällt für jeden zusätzlich verdienten Euro der Grenzsteuersatz an. Dadurch steigt oberhalb des Grundfreibetrags der Durchschnittssteuersatz auch dann, wenn das zu versteuernde Einkommen nur um den Inflationsausgleich steigt. Eine Lohnsteigerung, die lediglich zu einem Inflationsausgleich führt, bleibt damit nach Steuern (netto) hinter der Inflation zurück und das Realeinkommen sinkt.

Dabei ist jedoch zu beachten, dass die nach einem normierten Warenkorb ermittelte Preissteigerungsrate nicht für alle Einkommensgruppen gleich ist, da niedrige Einkommen Lebenswichtiges und hohe Einkommen vermehrt Luxusgüter konsumieren.

(Wikipedia). Das Ergebnis wachsende Armut und durch die billige Arbeitskraft wachsende Gewinne der Unternehmen. Das sind auch die Gründe und Forderungen, die Finanz- und Vermögenselite stärker an den Kosten des Staates zu beteiligen.

Was von der Politik, Ihren Beratern, Ökonomen, Volkswirten, Wissenschaftlern, Bankern und Unternehmen erwartet wird zeigt die Initiative Agenda 2011 – 2012. Es wurde ein Sanierungsprogramm erarbeitet, das mit einem jährlichen Volumen von über 275 Mrd. Euro für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Die negative Folge wäre sonst für den Bürger eine Geldabwertung.

Die größten Ungerechtigkeiten (2) – Mehrwertsteuer/Bürgersteuer

Lehrte, 8. Mai 2013 Der Nettoumsatz des Handels und der Industrie lag 2011 bei rund 5.241 Milliarden Euro. Darauf zahlten die Bürger 843 Milliarden Euro MWST. Den Unternehmen wurden 19 % bzw. 7 % MWST oder 704 Milliarden Euro Vorsteuern erstattet. Die Einnahmen aus der MWST betragen „nur“ 131 Mrd. Euro. Wir stimmen dafür, Unternehmen nur noch 18 % bzw. 6 % an Vorsteuern zu erlassen. Mit diesem einen Prozent den sie weniger zahlen würden, oder 37 Milliarden Euro, kämen wir der sozialen Gerechtigkeit ein gutes Stück näher.

Für die 81.6 Millionen Deutschen bedeutet das eine jährliche Belastung an MWST von rund 1.033 Euro. Hinzu kommen KFZ-, Tabak-, Kaffee-, Branntwein-, Bier-, Alkohol-, Schaumwein- und Gemeindesteuern, Steuern auf Lebensversicherungen, Energie-, Benzinsteuern und der Solidarzuschlag (jährlich rund 10 Mrd. Euro). Sie zahlen 0,9 % mehr in die Gesundheitsfonds ein als Unternehmen, das kostet sie weitere 10 Mrd. Euro pro Jahr! Die private pro Kopf Verschuldung beträgt 9.651 Euro, dazu kommen je Bürger 25.600 Euro die er dem Staat schuldet. Bei Deutschen über 18 Jahre liegen die Schulden pro Person bei 47.150 Euro. Von seinem Jahres-Bruttolohn verbleiben ihm nach Abzug von Krankenkassen-, Rentenbeiträgen und Steuern rund 50 % Nettolohn.

Außerdem wird übersehen, dass die Kaufkraft des Euro bei rund 76 Cent liegt. Seit Jahren wollen Politiker Haushalte konsolidieren, sparen und die Schulden abbauen. Seit Jahren wollen sie eine Revision der MWST, speziell des Steuersatzes von 7 %. Hier liegen die großen Ungerechtigkeiten zu denen Schäuble meint, dass eine von allen Parteien gewollte Änderung politisch nicht durchsetzbar sei. Das deutsche Steuerrecht ist in den vergangenen Jahren ungerechter geworden. Während insbesondere Vermögende und Unternehmen entlastet wurden, müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer mehr zur Finanzierung Öffentlicher Aufgaben beitragen.

Das ist sachliche, positive und faire Kritik. Den Spott überlassen wir Glossenreißern, Zynikern, Karnevalisten, Humoristen, Kabarettisten, Publizisten und Besserwissern. Das Ganze gleicht einem politischen Staatszirkus: In der Manege versuchen Politiker, Banker.

Ökonomen, Volkswirte, Wissenschaftler, Journalisten, Verleger und Prominenten, beste Stimmung zu verbreiten. Sie alle sind gut situiert, mit ihren monatlichen Bezügen, Tantiemen, Spesen, Honoraren dürften sie bei 10.000 Euro und mehr liegen. Dass alle für soziale Gerechtigkeit sind versteht sich von selbst. Sie zeigen wenig Verständnis dafür, dass Stundenlöhne von 3 – 7 Euro an der Tagesordnung sind.

Wenig Verständnis bringen sie Forderungen nach gesetzlichen Mindestlöhnen, Mindestrenten, Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder gar eine Erhöhung der Vermögensteuer entgegen. Verständnis zeigen sie für hohe Renditen und Gewinne ihrer politischen Freunde. Wenn sie so weitermachen kann die nächste Bundesgartenschau in den Schlaglöchern der Kreis-/Bundesstraßen und Autobahnen stattfinden. Dem neugierigen Publikum wird eine Parodie von einem glücklichen Staat, es geht uns relativ gut und – uns halten nur niedrige Löhne im Wettbewerb – vorgegaukelt.

6,8 Millionen Beschäftigte verdienen weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Die Armutsgrenze liegt statistisch bei 9,52 Euro. Rund 7,5 Mio. Arbeitslose und Regelsatz-Empfänger, 2,5 Mio. arme Kinder und 14 Mio. Rentner sind von Armut betroffen. Das sind, ohne Kinder, rund 50 Prozent der erwachsenen Deutschen. Ihnen geht es relativ schlecht. Sie haben keine Lobbys, ihnen gebührt unsere ganze Aufmerksamkeit.

Dass Renten, Spareinlagen und Arbeitsplätze sicher sind ist für Angela Merkel und ihren Koalitionären selbstverständlich. Sie übersehen, dass SPD, Grüne, Linke, Gewerkschaften, Sozialverbände und Kirchen das anders beurteilen und ihnen mit dem Zug in Richtung „mehr Gerechtigkeit“ wegfahren. Die neuesten Umfragewerte sprechen klar für Bündnis90/Die Grünen. Ein Großteil der Deutschen ist- wie sie – für eine höhere Besteuerung von Besserverdienern und favorisiert die Themen, die CDU/CSU und die liberale Splittergruppe ablehnen, Schulden werden nicht thematisiert.

Die Initiative Agenda 2011- 2012 stemmt sich gegen diese Entwicklung. Sie wurde am 20. Mai 2010 gegründet und hat sich auf Konsolidierung der Einzelhaushalte, ausgeglichene Bundeshaushalte und Rückführung der Staatsschulden spezialisiert. Es ist wahrscheinlich die einzige Institution in Europa, die ein Sanierungskonzept mit einem jährlichen Volumen von über 275 Milliarden Euro anbietet. Der Schwerpunkt liegt in Öffentlichkeitsarbeit und konzeptioneller Unterstützung der Regierung und Opposition. Das Gründungsprotokoll ist 2010 als Sachbuch erschienen. Für weitere Informationen stehen die Internetseiten Agenda 2011 – 2012 und die Online-Zeitung Agenda News zur Verfügung.

Die größten Ungerechtigkeiten (3) – Steuerbelastungen

Lehrte, 13. Mai 2013 Deutschland ist die stärkste Wirtschaftsmacht in der EU, die drittgrößte der Welt, die viertreichste Nation und Vizeweltmeister im Export. Deutschland ist „noch“ das beliebteste Land der Welt. China, Russland, Brasilien, Mexiko und Indonesien werden Deutschland in den nächsten Jahren ökonomisch überholen. Welche nachhaltigen Spuren haben der Wiederaufbau, die Jahre des Wirtschaftswunders und die boomenden letzten Wirtschaftsjahre hinterlassen?

Das Land könnte über die beste Infrastruktur, die besten Kindergärten, Schulen, Universitäten und öffentliche Gebäude verfügen. Mindestrenten und Mindestlöhne wären genau so selbstverständlich wie eine angemessene Beteiligung der Vermögens- und Finanzelite an den Kosten des Staates. Die Realität sieht leider anders aus. 99,3 Prozent der Erwerbstätigen sind bei mittelständischen Unternehmen beschäftigt, 0,7 % bei Großunternehmen, von denen viele an den Börsen gehandelt werden. 55 % der deutschen

DAX-Unternehmen befinden sich in ausländischem Besitz, 37 % in deutscher Hand und zu 8 % bezieht die ARD keine Stellung.

Die Politik repräsentiert rund 2.100 Mrd. Euro Staatsschulden, die mit 25.600 Euro auf den Schultern der Bürger ruhen. Die Unternehmen stehen für einen Umsatz von 5.550 Mrd. Euro. Dem entsprechend sind auch die Machtpositionen verteilt. Das deutsche Steuerrecht ist in den vergangenen Jahren ungerechter geworden. Während insbesondere Vermögende und Unternehmen entlastet wurden, müssen Beschäftigte immer mehr zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen.

Die in Lobbys straff organisierten Unternehmen drücken mit Macht auf politische Entscheidungen, die in ihrer Tragweite die Kluft zwischen Armen und Reichen weiter öffnen. Nur so ist zu verstehen, dass den Hoteliers „eine Milliarde“ Euro pro Jahr geschenkt wird! Die Unternehmen haben einseitig den Beitrag in die Gesundheitsfonds um 0,9 % gekürzt und somit den Beschäftigten rund 11 Mrd. Euro pro Jahr zusätzlich aufgebürdet. Sie sorgen dafür, dass Frauen, für die gleiche Arbeit die ihre männlichen Kollegen leisten, 22 % weniger verdienen.

Ihre Macht steht für Niedriglöhne, gegen gesetzliche Mindestlöhne, für Minijobs, für Leiharbeit und Werkverträge (ohne Sozialabgaben) und die daraus resultierenden Gewinne. Sie verhindern Tarifverhandlungen die auf der Basis von Inflationsraten stattfinden. Nach Abzug der durchschnittlichen Inflationsrate von 2 % verbleiben real Lohnerhöhungen von 0,3 bis 1 Prozent. Das Einkommen der Beschäftigten lag 2012 bei rund 1.375 Mrd. Euro. Darauf zahlten sie Lohnsteuern von rund 171 Mrd. Euro. Gemessen am Spitzensteuersatz von 42 % plus 5 % Reichensteuer sind es 12,49 % Steuereinnahmen.

Ähnlich ist es bei den Mehrwertsteuer-Einnahmen. Die Bürger zahlten 2012 rund 843 Mrd. Euro MWST. Nachdem Unternehmen 704 Mrd. Euro an Vorsteuern erstattet wurden, flossen 131 Mrd. Euro in die Staatskassen. Die Beschäftigten zahlen rund 50 % ihres Einkommens an Sozialabgaben und Steuern. Hinzu kommen jährlich 1.033 Euro MWST, KFZ-, Tabak-, Kaffee-, Branntwein-, Bier-, Alkohol-, Schaumwein- und Gemeindesteuern, Steuern auf Lebensversicherungen, Energie-, Benzinsteuern und der Solidarzuschlag (jährlich rund 10 Mrd. Euro).

6,8 Mio. Beschäftigte mit einem Stundenlohn von unter 8,50 Euro, 7,5 Mio. Regelsatz-Empfänger und rund 14 Millionen Rentner leben an der Armutsgrenze. Das sind rund 50 % der erwachsenen Deutschen. Hinzu kommen 2,5 Mio. arme Kinder. Genug ist genug! Statistisch liegt die Armutsgrenze bei einem Stundenlohn von 9,52 Euro, davon sind sie meilenweit entfernt. Was mögen die Menschen empfinden, wenn ihnen ein Zwischenbescheid über ihre zu erwartenden Rentenansprüche zugeht? Seit dem Immobilien-crash in den USA suchen Politiker, Volkswirte, Wissenschaftler, der internationalen Währungsfonds, die Europa Kommission und die europäische Zentralbank nach Auswegen aus der Krise.

Die Zentralbanken der USA, der EU und Japan überfluten mit Billionen frisch gedruckten Dollar, Euro und Yen die Weltmärkte. Jede weitere Billion erzeugt weitere Billionen Schulden. Als Folge der Geldschwemme haben sich die EU Länder 2012 um weitere 567 Mrd. Euro verschuldet. Die Renditen aus Sparguthaben, Versicherungen, Staatsanleihen liegen zwischen null und 1,4 Prozent. Große Geldströme fließen in die Börsen, da dort „noch“ die höchsten Gewinne zu erzielen sind. Das kann sich aufgrund der Überschuldung der Nehmerländer schlagartig ändern.

Eine Millionen Bürger können ihre Mieten, eine Millionen Haushalte ihre Stromrechnungen und 100.000 privat Versicherte ihr Kassenbeiträge (2,7 Mrd. Euro Rückstand) nicht mehr bezahlen – Tendenz steigend. Es ist nicht nur die

Steuerbelastungen die den Bürger überfordern, es ist die Frage was die Politik daraus macht. Leere Staatskassen, rückläufige Steuereinnahmen, steigende Belastungen der Städte, Gemeinden und Länder sind der Teufelskreis in dem wir uns bewegen. Dass es den Deutschen relativ gut geht meinen vornehmlich die Beschäftigten, deren Jahresbezüge „weit“ über 52.000 Euro, plus Spesen, Tantiemen und Honorare liegen.

Die Deutschen verfügen über ein Barvermögen von rund 6.000 Mrd. Euro. Der Bruttoertrag aus 5,600 Mrd.. Euro Umsatz liegt bei rund 2.800 Mrd. Euro und auf den deutschen Bankkonten liegen cirka 130 Mrd. Euro. Gemessen am Vermögen von rund

9.000 Mrd. Euro würden rund 3 % ausreichen, um den Staat langfristig zu sanieren. Ausgehend von diesem Zahlenmaterial hat die Initiative Agenda 2011 – 2012 ein Sanierungskonzept mit einem jährlichen Volumen von über 275 Mrd. Euro erarbeitet. Diese Summe steht für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden.

Die größte Ungerechtigkeit (4) – Kinderarmut

Lehrte, 17. Mai 2013 Kinder gelten als arm, wenn sie in Haushalten leben, deren Einkommen unterhalb einer relativen Armutsgrenze liegt. Nach dem Wochenbericht des Deutsche Instituts für Wirtschaftsforschung ist jedes 5. Kind arm. Unicef geht davon aus, dass jedes sechste Kind von Armut betroffen ist, laut AGJ lebt jeder Vierte zwischen 16 und 24 alte Jugendliche in materieller Not oder ist davon betroffen. Allein die Vorstellung, dass 2,5 Millionen Kinder in Deutschland in Armut leben ist deprimierend.

Bekommen Kinder aufgrund der Erwerbtätigkeit der Eltern (Alleinerziehenden) Kindergeld und damit kostenlose Schulspeise, müssen Kinder von Regelsatz-Empfängern die Schulspeise bezahlen. In der Diskussion sind diverse Vorschläge für eine Kindergrundsicherung ähnlich der bedarfsorientierten Sozialhilfe und ähnlich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Grundsicherung würde bisherige Leistungen des Staates wie das Kindergeld, die Ausbildungsförderung (BAföG) oder das Sozialgeld (Hartz IV für Kinder), ersetzen und „Kinder gleichstellen“.

Die AWO stellte im September 2012 ihre Langzeitstudie zu Kinderarmut in Berlin vor. Das Fazit des Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Wolfgang Stadler, Armut bleibt das größte Entwicklungsrisiko für Kinder und Jugendliche. Eine Tatsache, die seit vielen Jahren immer wieder in Studien aus vielen Industrieländern bestätigt wird. Armut drückt auch auf Bildung und Ausbildung. Wobei die Chancengleichheit nicht gewahrt bleibt. Opposition und Koalition sind sich darüber einig, dass Kinderarmut nicht hingenommen werden darf.

Sie passt aber irgendwie in das gesellschaftliche Gesamtbild. Die sich um arme Kinder kümmern sollten werden von unzähligen Lebensmittelskandalen, neu das Kartoffelsyndikat, Sex- und Vergewaltigungsskandalen, Vorteilsnahmen, Bestechung, Korruption, Drogen und Menschenhandel in Atem gehalten. Transplantationsskandale, Ärzte und Krankenhäuser betrügen Krankenkassen und bringen unser Versicherungswesen in Verruf. Hunderte von Stiftungen sind, ebenso wie Zehntausende reiche Steuerbetrüger, ins Visier von Fahndern geraten.

Ein totales Versagen der Politik bei NSU-Verbrechen, da Rahmenbedingungen, die das hätten verhindern können nicht geschaffen wurden. Verteidigungsminister De Maizièr wollte eigentlich über die, aus seiner Sicht, erfolgreiche Reform der Bundeswehr sprechen. Die Reform sollte bis 2015 Einsparungen von 8,3 Mrd. Euro bewirken, angefallen sind bisher Schulden in Milliardenhöhe. Mit der Drohne „Euro Hawk“ wollte

man in der vordersten Front bei Kriegseinsätzen der Bundeswehr stehen. Pech ist, dass der Prototyp nicht im europäischen Luftraum fliegen darf und so zum Milliardengrab wird.

Das eigentliche Ziel, Teil einer Europa Armee zu werden wurde ebenso aus den Augen verloren, wie der innere Zustand der Bundeswehr. Weit über das Ziel geschossen sind politische Entscheidungen auch bei der Hamburger Philharmonie, Stuttgart21 und dem Groß-Flughafen Berlin. Eins haben sie alle gemeinsam, es wurden Milliarden vergeudet, die besser für arme Kinder, Krippenplätze, Kindergärten und Schulen, Ausbildung und Bildung angelegt worden wären.

Die Staatskassen sind leer, die Steuereinnahmen rückläufig. Woher nehmen, wenn nicht stehlen? Die Initiative Agenda 2011 – 2012 stellt eine einfache und probate Lösung zur Diskussion, eine Sonderbriefmarke „Kinderhilfe“, so wie die Westlichen Alliierten 1948 das Notopfer Berlin einführten. Es wurde eine Reihe von Postsendungen mit einer Zusatzmarke von 2 Pfennig beklebt (schließlich taten die 2 Pfennig keinem weh). Auf diese auf Art kamen in 7 Jahren 430.000 DM zusammen.

Die Deutsche Post teilt uns am 20.04.2010 mit, dass 2009 an Briefen und Postkarten 21 Milliarden Stück und an Paketgut 678 Millionen Stück verschickt wurden. Inklusiv der privaten Zusteller sind das über 26 Milliarden Zustellungen 2009! A 5 Cent pro Poststück, und das tut auch heute keinem weh, würden das 1,3 Milliarden Euro pro Jahr und in 5 Jahre 6,5 Milliarden Euro Einnahmen bedeuten.

1948 entstand ein noch bedeutenderes Gesetz, das Gesetz zum Lastenausgleich, zur „Umverteilung“ von Vermögen. „Diese Umverteilung erfolgte dadurch, dass diejenigen, denen erhebliches Vermögen verblieben war (insbesondere betraf das Immobilien), eine Lastenausgleichsabgabe zahlten. Die Höhe dieser Abgabe wurde nach der Höhe des Vermögens mit Stand vom 21. Juni 1948 berechnet. Die Abgabe belief sich auf 50 % des berechneten Vermögenswertes und konnte in bis zu 120 vierteljährlichen Raten, also verteilt auf 30 Jahre, in den Ausgleichsfonds eingezahlt werden (Wikipedia)“.

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der Troika – EU, EZB und IWF – zu sehen, 30 % der Bankguthaben in Zypern einzuziehen, um damit der Überschuldung zu begegnen. Die gleichen Pläne für Europa liegen seit Mitte 2012 in ihren Schubladen. Die heutige Forderung von Politikern nach einer Umverteilung würde unter diesen Vorzeichen bedeuten, dass die Finanz- und Vermögenselite stärker an den Kosten des Staates beteiligt wird. Damit wäre armen Kindern und Jugendlichen geholfen.

Die Initiative Agenda 2011 – 2012 hat ein Sanierungsprogramm erarbeitet, das mit einem jährlichen Volumen von über 275 Mrd. Euro für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Wir stehen nicht links oder rechts, wir stehen für soziale Gerechtigkeit.

Die größten Ungerechtigkeiten (5) – Renten/Pensionen

Lehrte, 24. Mai 2013 In den Niederlanden bekommt jeder Rentner 1.050 Euro Rente, Ehepaare je 746 Euro, ob sie gearbeitet haben oder nicht, vorausgesetzt sie sind niederländische Staatsbürger. Die meisten Deutschen empfinden die gravierend unterschiedlichen Altersansprüche ungerecht. Seit vielen Jahren wird eine Reform der Bezüge angekündigt, geschehen ist nichts. Selbst die statistischen Zahlen sind ungerecht.

Die Durchschnittsrente lag 2012 bei 1.263 (Ost: 1.121) Euro. Die Renten liegen oft niedriger, weil viele keine 45 Versicherungsjahre einzahlten oder schlecht verdienten. Ein Mann bekam im Schnitt Brutto 1118 (Ost: 1.079) Euro Altersrente und eine Frau Brutto 672 (Ost: 743) Euro, wovon die Krankenkassenbeiträge, die sie weiter zahlen müssen,

abzuziehen sind. Während seines Berufslebens schmälerten Arbeitslosigkeit, Niedriglohn, Dumpinglöhne, Leiharbeit, Minijobs und Werkverträge die Rentenansprüche.

Die Versorgungshöhe von Ruhestandsbeamten liegt im Schnitt doppelt so hoch wie Renten. Laut Statistisches Bundesamt erhielt ein Bundesbeamter vergangenes Jahr 2340 Euro Pension, ein Kommunalbeamter 2380 Euro und ein Landesbeamter sogar 2570

Euro. Beiträge in fehlende Pensionskassen werden nicht erhoben, Arbeitslosigkeit ist ihnen fremd, wobei sie kein Streikrecht besitzen. Die Renten sind seit 2002 um 8,51 (Ost: 9,69) gestiegen, die Pensionen zwischen 13,04 % (Bund) und 14,98 % (Länder). Im Durchschnitt sind das rund 0,8 % bei Rentnern, die 2002, 2005 und 2011 Nullrunden hinnehmen mussten, und 1,5 % für Pensionäre.

Viele Bürger gehen von einer Durchschnittsrente von 1.263 (OST: 1.112)Euro aus. Das ist ein Irrtum, da bezüglich der Renten eine genauere Betrachtungsweise erforderlich ist. Frauen verdienen seit 20 Jahren für die gleiche Arbeit, die ihre männlichen Kollegen leisten, 22 % weniger. Dieser Umstand und fehlende Versicherungsjahre werden dafür genannt, dass Frauen rund 50 % weniger Rente erhalten als Männer. Die Versichertenrenten (Stand 2011) 507 (Ost: 709) Euro, Renten wegen verminderter Erwerbstätigkeit 602 (Ost: 684) Euro, Altersrente wegen Arbeitslosigkeit/Altersteilzeit 703 (Ost: 735) Euro, Altersrente wegen Schwerbehinderung 752 (Ost: 777) Euro, Altersrente für langjährig Versicherte 541 (Ost: 633) Euro und Regelaltersrente 353 (Ost: 653) Euro.

Die Altersrente der Frauen liegt im Durchschnitt bei 672 (Ost: 743) Euro und bedeutet für rund 12 Mio. Rentnerinnen eine Rente unterhalb des Hartz-IV Regelsatzes. Während Frauen für ihre Lebensleistung geringe Renten beziehen und die Kaufkraft durch Inflationsraten reduziert wird, geben sich Politiker wahren Ausgaben-Orgien hin. Sie sprechen zwar von sparen, konsolidieren und Strukturreformen, die Realität sieht anders aus:

Es wurden über 20 Steuerarten abgeschafft. Die großen Brocken waren 1991 die Börsenumsatzsteuer und 1997 die Vermögenssteuer. 1989 betrug der Spitzensteuersatz 56 Prozent, heute 42 %, 1993 wurde die Kapitalertragssteuer von 35 auf 25 % gesenkt, 2003 lagen die Einnahmen zum Bundeshaushalt bei 276 Mrd. Euro und danach? Es fehlen rund 340 Mrd. Euro, 2005 Ausstieg aus der paritätischen Krankenkassenfinanzierung, 2010 kritisieren der Bund der Steuerzahler und der Rechnungshof zusätzliche Steuerverschwendungen – Steuerausfall 30 Mrd. Euro. „2011 betragen die Subventionen 165 Milliarden Euro, von denen ohne weiteres der Großteil zu streichen wäre (Quelle: Ifo München)“.

Durch den so genannten “Karussellbetrug“ (MWST) entgehen dem Staat rund 60 Mrd. Euro pro Jahr und durch Steuerhinterziehung 30 Mrd. Euro. Schäuble moniert, dass der Zoll 2011 Schäden durch Schwarzarbeit von 660 Millionen Euro aufgedeckt hat, an denen 524.000 Mitarbeiter und 68.000 Arbeitgeber beteiligt waren. Den Gesamtschaden schätzt er auf 300 Milliarden Euro. Durch Produkt- und Marken-Piraterie gehen weitere 30 Mrd. Euro pro Jahr verloren. Angela Merkel beklagt öffentlich, dass bei den Finanzämtern 42.000 Sachbearbeiter fehlen, was jährliche Steuerausfälle von 30 Mrd. Euro zur Folge hat.

Bei Projekten wie die Hamburger Philharmonie, Stuttgart21, Großflughafen Berlin werden Milliarden vergeudet. Und nun das deutsche eingestellte Drohnenprojekt, das den Steuerzahlern rund 500 Mio. Euro, laut Opposition 670 Mio. Euro kostet. Hinzu kommen rund 470 Mio. Euro für die Eurodrohne. Wieder eine Milliarde Euro futsch! Eine Mrd. Euro werden pro Jahr Hoteliers geschenkt. Da „drohnen“ den Steuerzahlern die Köpfe. 122 Tage vor der Bundestagswahl finden unsere Politiker, Ökonomen, Volkswirte, Wissenschaftler, Lobbys und Banker das ganz in Ordnung, schließlich geht es uns doch relativ gut.

Im Internet finden die Menschen immer mehr Hintergrund-Informationen. Sie schauen den Politikern über die Schultern. Die Menschen fordern in der Mehrheit gesetzliche Mindestlöhne, Mindestrenten, eine Erhöhung der Steuern für Besserverdiener (ab 80.000

Euro gestaffelt), Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer und Grundsicherung für Kinder. Sie fordern eine angemessene Beteiligung der Finanz- und Vermögenselite an den Kosten des Staates.

Die CDU, CSU und FDP werden immer mehr zu Wirtschaftsparteien und lehnen diese Forderungen zum Schutze ihrer Klientel, Reiche und Lobbys, ab. Die Initiative Agenda 2011- 2012 stemmt sich mit aller Kraft gegen diese Entwicklung und hat ein Sanierungsprogramm entwickelt, wie die großen Aufgaben und Projekte finanziert werden können. Dreißig Schwerpunktthemen mit einem jährlichen Volumen von über 275 Mrd. Euro stehen für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden.

Die größten Ungerechtigkeiten (6) – Armut

Lehrte, 29. Mai 2013 Armut stellt in der Zivilisation ein immer größeres Problem dar. Armut wurde zur schleichenden Volkskrankheit gegen die bis heute kein Kraut gewachsen ist. Man hat keine Rezepte dagegen, sie wird nicht gepflegt, behandelt geschweige denn geheilt, sondern überträgt sich auf die Folgegenerationen. Die Ärzte, Politiker, Volkswirte, Wissenschaftler, die Weltbank, IWF, EZB und Europäische Union kümmern sich um ihre Klientel – Besserverdienende, Millionäre und Lobbys. Sie sind nicht von der Krankheit betroffen und könnten sich ansonsten die besten Ärzte leisten.

6,8 Millionen Beschäftigte, 7,5 Millionen Regelsatz-Empfänger und 14 Millionen Rentner leben an der Armutsgrenze, die bei einem statistischen Stundenlohn von 9,52 Euro liegt. Das sind rund 47 % der 60 Mio. erwachsenen Deutschen. Hinzu kommen 2,5 Millionen arme Kinder. Eine Millionen Bürger können ihre Mieten, eine Millionen ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Die Mittelschicht rückt näher an die Armutsgrenze, 100.000 Selbstständige können ihre Beiträge nicht zahlen und haben 2,7 Mio. Rückstände bei den Krankenkassen, während die Lebenshaltungskosten weiter steigen.

Die Gründe für Armut sind: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Krankheit, Niedriglöhne, Dumpinglöhne, Leiharbeit, Minijobs, Werkverträge und niedrige Renten. Die leeren Staatskassen sind dadurch entstanden, dass die Ausgaben der Einzelhaushalte stärker als die Einnahmen gewachsen sind. Die Schulden sind seit 1970 von 65 Mrd. DM auf rund 2.100 Mrd. Euro gestiegen. Milliarden Euro flossen in die EU und Nehmerländer. Hinzu kommen Billionen Einnahmeverluste: Abschaffung von 20 Steuerarten, die Abschaffung der Vermögens- und Börsenumsatzsteuer, Vergeudung von Steuergeldern, Steuerhinterziehung in großem Stil, Senkung der Lohn-/Einkommenssteuer von 57 auf 42 %, um nur einige wesentliche Gründe zu nennen.

Die Opposition fordert mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen und einigen Koalitionären gesetzliche Mindestlöhne, Grundrenten und eine Grundsicherung für Kinder, höhere Steuern für Besserverdiener gestaffelt ab 80.000/120.000 Euro und ab 121.000 Euro, Wiedereinführung der Vermögensteuer und Anhebung der Erbschaftssteuer. Angela Merkel und ihre Mitstreiter lehnen diese Forderungen rundweg ab. Sie bieten keine Alternativen an und verlassen sich auf ihre Stammwähler, die jenseits der Marge von 47 % (Armutsgrenze) liegt.

Die Wähler der Regierungsparteien, Besserverdiener und Unternehmen, haben wenig Interesse daran, etwas von ihren Einkommen und Profiten an Arme abzugeben. Auf der einen Seite Beschäftigte die bei den Lohnzuwächsen in der EU an letzter Stelle liegen, auf der anderen Seite Wähler und Unternehmen, von denen die Schwarzen Schafe aus Vorteilmnahmen, Bestechung, unzähligen Lebensmittelskandalen, Drogen- und

Menschenhandel und Steuerhinterziehung hohe Profite erzielen. Krankenhäuser und Ärzte, die Krankenkassen betrügen und Kartelle (Kartoffel, Benzin usw.) die 25 % höhere Preise vereinnahmen. Das alles wird billigend in Kauf genommen oder nicht verhindert.

Politiker und Parlamentarier mit gesicherten Einkommen plus Spesen, Tantiemen und Honorare entscheiden über das Wohl von 47 % der Erwachsenen die an der Armutsgrenze leben, ohne deren Probleme verinnerlichen zu können. Neue Umfragen ergeben, dass 37 % der Bürger in der SPD noch eine Arbeitnehmerpartei sehen. Man kann nur bedauern, dass die Beschäftigten gerade dort ihre politische Bodenständigkeit verlieren. Die Weltbank, der IWF, die EU und unsere Politiker haben keine Antwort darauf, wie die Krise zu lösen ist. Billionen an billigem Geld überschwemmen die Märkte wie eine Droge – wehe wenn sie nachlässt.

Die Eu-Staaten haben sich 2012 um weitere 567 Mrd. Euro verschuldet. In Schweden brennen seit einer Woche Autos und Häuser. Dort liegt die Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahre bei 23,6 Prozent. In England, Frankreich, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland liegt sie zwischen rund 25 und 55 Prozent. In Folge von Arbeitslosigkeit gingen die Einkommen zwischen 8 – 17 % zurück. Die Wirtschaftskrise hat Armut und Arbeitslosigkeit in der Eurozone auf einen Rekordstand gebracht. An der gesamten Situation ändert sich nichts, auch wenn bei uns 5.000 junge Spanier ausgebildet werden sollen.

Die Initiative Agenda 2011-2012 setzt sich seit Mai 2010 für mehr soziale Gerechtigkeit ein und zeigt wie das alles finanziert werden kann. Ein Sanierungskonzept mit einem jährlichen Volumen von über 275 Mrd. Euro steht für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden. Davon profitieren die Armen, die Binnennachfrage steigt und Profit wird auch gemacht. Nur wenn die Finanz- und Vermögenselite angemessen an den Kosten des Staates beteiligt wird, werden wir die Krise überwinden.

Die größten Ungerechtigkeiten (7) – Beschäftigte

Lehrte, 7. Juni 2013 Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, wer auch gerade die Machtposition in der Führung ausübte, haben in den letzten Jahrzehnten zugelassen, dass deutsche Beschäftigte bei den Lohnzuwächsen in der EU an letzter Stelle liegen. Es lag in den Händen von Parlamentariern das zu verhindern, da sie die Macht hatten das im Bundestag per Gesetz zu verabschieden. Die Entscheidung lag im Vorfeld jedoch bei den jeweiligen Regierungschefs. Es scheint so, wie beim Drohnen-Projekt bei dem die Verantwortung bei de Maizière liegt, dass Angela Merkel dies genau so sieht und keine politische Verantwortung übernimmt.

Die ganze Ungerechtigkeit bei der Lohnpolitik offenbaren Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Arbeitnehmerentgelte liegen 2012 bei 1.377,6 Mrd. Euro. Die Lohnsteuer-Einnahmen daraus betragen 178,75 Mrd. Euro oder 13 Prozent. Da zahlen 41.6 Mio. fleißige Beschäftigte 30 bis 42 Prozent Lohnsteuern von denen unfassbare 13 % in die Staatskasse fließen. Merkel geht in den Wahlkampf und verspricht den Kinderfreibetrag, den Elternfreibetrag und den Lohnsteuereingangssatz zu erhöhen und schmälert damit weiter Staatseinnahmen.

Es waren Wahlgeschenke die Lohnsteuern anlässlich der Bundestagswahlen 1998, 2002, 2005 und 2009 von 53 % auf 42 % zu senken. Die Steuervorteile wurden durch Inflationsraten, Niedriglöhne, Dumpinglöhne, Leiharbeit, Minijobs und Werkverträge kompensiert. Hinzu kommen Belastungen der Beschäftigten von 11 Mrd. Euro durch die

einseitige Senkung der Beiträge der Unternehmen zur gesetzlichen Krankenversicherung und der Solidaritätszuschlag von weiteren 11 Mrd. Euro pro Jahr. Zu den größten Ungerechtigkeiten gehört auch, dass Frauen für die gleiche Arbeit, die ihre männlichen Kollegen leisten, seit Jahren 22 % weniger verdienen.

Das drückt sich besonders in den Altersrenten für Frauen aus, die im Westen bei 672 und im Osten bei 743 Euro liegen. Rechnet man steigende Mieten/Heizkosten, eine Millionen Haushalte können ihre Mieten und eine Millionen ihre Heizkosten nicht bezahlen, steigende Energie-, Kraftstoff-, allgemeine Lebenshaltungs-, Gemeinde-, steigende Versicherungskosten und Kaufkraftschwund hinzu, rückt ein großer Teil der Beschäftigten immer näher an die Armutsgrenze.

6,8 Millionen Beschäftigte leben mit einem Stundenlohn von unter 8,50 Euro, wobei die Armutsgrenze bei einem statistischen Stundenlohn von 9,52 Euro liegt. Weitere 7,5 Millionen Regelsatz-Empfänger und rund 14 Millionen Rentner sind demnach von Armut betroffen. Hinzu kommen 2,5 Millionen arme Kinder, von denen Regelsatz-Empfänger ihre Schulspeise noch selbst bezahlen müssen. Genug ist genug. Das meint auch geschlossen die Opposition, mit ihnen Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen und einige Koalitions-Mitglieder.

Sie fordern alle gesetzliche Mindestlöhne, Wiedereinführung der Vermögensteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer, Grundrenten, Grundsicherung für Kinder und die Erhöhung von Steuern für Besserverdienende gestaffelt ab 80.000/120.000 Euro pro Jahr und ab 150.000/220.000 Euro. Damit legen sie einen Rahmen zur Finanzierung ihrer Projekte fest, die Angela Merkel ablehnt, ohne einen Hinweis darauf, wie sie Ihre Wahlgeschenke von 28,5 Mrd. Euro bezahlen will. Eins haben alle Politiker gemeinsam, sie haben national und international keine Antwort darauf wie sie die immense Überschuldung abbauen wollen.

Es verwundert nicht weiter, dass unter diesen Umständen soziale Gerechtigkeit hinten ansteht. Man hat Billionen-Bürgschaften für Banken, inklusiv deren Schrottpapiere und Rettungsschirme übernommen. Hunderte von Milliarden gehen durch Steuerhinterziehungen, Subventionen, Schwarzarbeit, MWST Betrug, bei den Finanzämtern fehlen 42.000 Sachbearbeiter, Hamburger Philharmonie, Stuttgart21, Flughafen Berlin und Drohnen verloren. 17 Mrd. Euro Mietzahlungen fallen im Rahmen von Regelsatz-Empfängern an. Geld/Schulden spielen allem Anschein nach keine Rolle und das alles zu Lasten der Steuerzahler. Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer liegen bei rund 840 Mrd. Euro. In die Staatskasse fließen 131 Mrd. Euro, nach dem Unternehmen 706 Mrd. Euro erstattet wurden.

Genug war es bereits im Mai 2010 für die Initiative Agenda 2011 – 2012. Es wurde der Öffentlichkeit ein Sanierungskonzept vorgestellt, das mit einem jährlichen Volumen von

über 275 Mrd. Euro für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Heute, nach 3 Jahren, steht es für Verhinderung einer Geldabwertung, wenn die Politik sich zu umfassenden Änderungen bekennt und es umsetzt. Sollte die Koalition dazu nicht die Kraft, den Willen und die Macht besitzen, sollten die Bürger Oppositionsparteien wählen. Ihre neue breite Mehrheit, die quer durch alle gesellschaftlichen Schichten läuft, könnte so die Krise bewältigen und das Schlimmste verhindern.

Die größten Ungerechtigkeiten (8) – Gigantische Einnahmenverluste

Lehrte, 17. Juni 2013 Seit Jahrzehnten lautet die Devise von Politikern, Ökonomen, Volkswirten, Wissenschaftlern, Weltbank, IWF, EZB, Bundesbank und Besserwissern: Sparen, konsolidieren, strukturieren und, nur niedrige Löhne halten uns im Wettbewerb. Das Ergebnis: Der Staat ist mit rund 500 Mrd. Euro überschuldet, die Troika aus IWF, Eurostat und EZB hat den Nehmerländern drastische Sparmaßnahmen auferlegt. Gleichzeitig hat die EZB Billionen frische Euro in die Märkte gegeben, diese zwar beruhigt, aber weiter verschuldet. Die Schulden der EU sind 2012 um 567 Milliarden Euro gestiegen.

Seit den 70er Jahren sind die Staatsausgaben höher als die Staatseinnahmen, die Schulden sind von 65 Mrd. DM auf 2.071 Mrd. Euro gestiegen. Die Gründe die zu leeren Staatskassen führten sind offensichtlich, werden aber von der Politik und ihren Freunden verdrängt. Der Lohnsteuer- und Einkommensteuer Höchstsatz wurde von 53 Prozent auf 42 % gesenkt. Gleichzeitig wurden die Freibeträge für Kinder, Eltern und der Steuereingangssatz erhöht. Das führte dazu, dass 2012 von den Arbeitnehmerentgelten in Höhe von 1.377,6 Mrd. Euro nur 13 % (!) der gezahlten Lohnsteuern in die Staatskasse fließen.

Von den Unternehmer-Einkommen in Höhe von 657,4 Mrd. Euro (42 % plus 5 % Reichensteuer) flossen rund 20 % und aus der Mehrwertsteuer 3 % in die Staatskasse (Unternehmer erhalten 16 % vergütet). Das hat bei uns Tradition, wobei Tradition nur Werte sind, wenn sie auch in der Gegenwart nützen. Hinzu kommt, dass in den letzten 30 Jahren über 20 Steuerarten abgeschafft wurden. Die großen Brocken waren 1991 die Börsenumsatzsteuer und 1997 die Vermögenssteuer. 1993 wurde die Kapitalertragssteuer von 35 auf 25 % gesenkt, 2003 lagen die Einnahmen zum Bundeshaushalt bei 276 Mrd. Euro und danach? Es fehlen rund 340 Mrd. Euro, 2005 Ausstieg aus der paritätischen Krankenkassenfinanzierung (Mehrbelastung für die Beschäftigten 11 Mrd. Euro pro Jahr).

2010 kritisieren der Bund der Steuerzahler und der Rechnungshof zusätzliche Steuerverschwendungen – Steuerausfall 30 Mrd. Euro. „2011 betragen die Subventionen 165 Milliarden Euro, von denen ohne weiteres der Großteil zu streichen wäre (Quelle: Ifo München)“. Durch den so genannten „Karussellbetrug“ (MWST) entgehen dem Staat rund 60 Mrd. Euro pro Jahr und durch Steuerhinterziehung 30 Mrd. Euro. Schäuble moniert, dass der Zoll 2011 Schäden durch Schwarzarbeit von 660 Millionen Euro aufgedeckt hat, an denen 524.000 Mitarbeiter und 68.000 Arbeitgeber beteiligt waren. Den Gesamtschaden schätzt er auf 300 Milliarden Euro.

Durch Produkt- und Marken-Piraterie gehen weitere 30 Mrd. Euro pro Jahr verloren. Angela Merkel beklagt öffentlich, dass bei den Finanzämtern 42.000 Sachbearbeiter fehlen, was jährliche Steuerausfälle von 30 Mrd. Euro zur Folge hat.

Verteidigungsminister de Maizière wartet mit nationalen und europäischen Drohnenkosten von rund einer Milliarde Euro auf, außerdem kennt er die Entwicklung der Kosten beim Eurofighter nicht (Focus). Die Hochwasserschäden werden von namhaften Instituten auf 12 Mrd. Euro geschätzt, wir gehen von 15 Mrd. Euro aus. Nach Experten Berichten steigt der Meeresspiegel schneller als befürchtet, wo ist ein entsprechendes Konzept zum Schutze der Nordseedeiche, was wird das kosten?

6,8 Millionen Beschäftigte die unter 8,50 Euro pro Stunde verdienen, 7,5 Millionen Regelsatz-Empfänger und 12 Millionen Rentner sind arm oder leben an der Armutsgrenze. Dazu kommen 2,5 Millionen arme Kinder. Angela Merkel und die schwächste Schwarz-Gelbe Koalition seit Konrad Adenauer, bleibt die Antwort schuldig, wie sie unter diesen Umständen die brennenden Probleme lösen und die Staatsschulden zurückführen will. Sie wollte Schaden vom Deutschen Volke wenden, was ist davon übrig geblieben? Wann wird sie sich dazu entschließen, die Finanz- und Vermögenselite angemessen an den Kosten des Staates zu beteiligen?

Die Kanzlerin hat ein weiteres Problem. Sie lehnt die Forderungen der Opposition, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen, wie die Mehrheit der Bürger, ab, die für die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen stimmen. Sie rufen nach Wiedereinführung der Vermögensteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer, Grundrenten, Grundsicherung für Kinder und Erhöhung des Spitzensteuersatzes gestaffelt nach Einkommen ab 80.00/120.000 Euro und 150.000/200.000 Euro. Sie stehen für die Abschaffung des Elterngeldes und Einführung von kostenlosen Krippenplätzen ab 2017 (SPD). Dies alles prallt an Merkel ab. Noch schlimmer, die Opposition zeigt ihr wie das finanziert werden soll!

Die Mehrheit der Deutschen wünscht sich eine Große Koalition, weil man ihr bei der Lösung der Probleme größere Chancen einräumt. Bundestrainer Joachim Löw setzt aus einer gefestigten Position auf Spitzenspieler der ersten Liga. Steinbrück will aus einer schwachen Position das politische Spiel mit Spitzenspielern aus der 2. und 3. Liga gewinnen. Man muss kein Prophet sein um zu erkennen, dass er das Spiel verlieren könnte. Die Politik ist wie der Zustand unserer Straßen und öffentlichen Gebäude – voller Schlaglöcher und sanierungsbedürftig.

Die Initiative 2011 – 2012 hat bereits im Mai 2010 aus diesem Tohuwabohu die Konsequenzen gezogen und der Öffentlichkeit ein Sanierungskonzept vorgestellt, das für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Es sind gute Gründe: Über 275 Milliarden Euro pro Jahr oder 3 Billionen Euro in 10 Jahren.

Die größten Ungerechtigkeiten (9) – Milliardengrab Bafög

Lehrte, 21. Juni 2013. Rund 7,5 Millionen Menschen in Deutschland im erwerbsfähigen Alter können nach einer Studie der Universität Hamburg aus dem Jahr 2011 kaum lesen und schreiben. Dazu kommen nach Erkenntnissen der Wissenschaftler etwa zwei Millionen totale Analphabeten. Und das in der viertgrößten und –reichsten Volkswirtschaft der Welt. Andererseits weisen Politiker gerne darauf hin, was sie alles für Bildung und Ausbildung unternehmen.

Grundsatz Bafög: Auf individuelle Ausbildungsförderung besteht für eine der Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung ein Rechtsanspruch nach Maßgabe dieses Gesetzes, wenn dem Auszubildenden die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen.

Ohne Frage bringen die Förderungsmaßnahmen, von Bund und Ländern getragen, hohe finanzielle Belastung mit sich, insbesondere für Studierende. Mit Abschluss des Studiums werden sie in die Lage versetzt, sich akademische Berufe des gehobenen Anspruchs auszusuchen. Ihre besondere Stellung führt fast automatisch zu besseren Einkommensverhältnissen. Das trifft für die Bereiche Ökonomie, Ökologie, Wissenschaft, Architektur, Ingenieure, Juristen, Volkswirte, Maschinenbau, Theologie, Medizin und viele andere zu.

Bei dem heutigen Stand werden 50 % Rabatt auf Darlehen gewährt, wenn sie in einer Summe zurückgezahlt werden. Die Differenz wird den Schulden zugeführt und ggf. von Kindern der Begünstigten getragen werden. Es ist den kleinen Nettoeinkommen, die in den letzten Jahren um 16% bis 23% zurückgegangen sind nicht zumutbar, dass sie auch

noch die Schulden der ehemaligen Studenten übernehmen. Es entstanden 2010 Verluste aus geschenkten Darlehen, z.B. bei einer Darlehenssumme von 24.000 Euro wurde ein Rabatt 12.000 Euro gewährt, sodass die Restzahlung bei 11.800 Euro lag.

„140.009 Darlehensnehmer zahlten ihre Darlehen in Höhe von (nach Abzug der Nachlassbeträge) insgesamt rund 503 Mio. Euro vorzeitig zurück. Damit machten die vorzeitigen Tilgungsleistungen mit fast 57 Prozent deutlich mehr als die Hälfte aller eingezogenen Darlehensbeträge aus. Die im Gegenzug den betroffenen Darlehensnehmern nachgelassenen Rückzahlungsbeträge summierten sich im Berichtszeitraum auf insg. rd. 193 Mio. Euro (Bafög Bericht).“

Weitere 115,2 Mio. Euro Teilerlasse wurden wegen geringer Einkommen, Kinderbetreuung (67,5 Mio. Euro), wegen vorzeitiger Beendigung der Ausbildung (11,7 Mio. Euro) und überdurchschnittlicher Leistung (36 Mio. Euro) gewährt. Das sind Nachlässe von rund 308 Millionen Euro. Es ist nicht nachvollziehbar welche sozialen Maßstäbe angelegt werden.

Im Zeitraum von 1995 bis 2015 werden Milliarden verschenkt, Agenda 2011 – 2012 schätzt rund 5 Mrd. Euro. Mit diesem Betrag könnten Hochschulen finanziell besser ausgestattet werden. Es wären auch Milliarden für Krippenplätze, die fehlen, deren Gruppen zu groß sind und für fehlende Erzieherinnen vorhanden. Kinder von Regelsatz Empfängern müssen ihre Schulspeise selbst bezahlen. Es wurde Elterngeld eingeführt, das über 70% der Menschen ablehnen. Hoteliers werden pro Jahr eine Milliarde Euro an Steuern geschenkt. Das sind Ungerechtigkeiten die einfach hingenommen werden.

Der Staat ist mit rund 500 Mrd. Euro überschuldet. Die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden sind leer, 48,5 Prozent der Städte und Gemeinden erhalten Kassenkredite (Liquiditätskredite). Auf der einen Seite 6,8 Mio. Beschäftigte deren Stundenlohn unter 8,50 Euro liegt, 7,5 Regelsatz Empfänger und 12 Millionen Rentner die an der Armutsgrenze leben, dazu gesellen sich 2,5 Mio. arme Kinder. Andererseits Annette Schavan die von uns mit der Forderung konfrontiert wurde, wenigstens die 193 Mrd. Euro Rabatte an ehemalige Studenten zu streichen.

Ihre Antwort, Zitat: Zwar ist es richtig, dass eine objektiv-rationale ökonomisch begründete Studienentscheidung eigentlich auch die hohe Bildungsrendite und höhere Verdiensterwartung sehr viel stärker in Rechnung stellen müsste. Dies ist gerade bei jungen Menschen aus einkommensschwachen Elternhäusern nun einmal nicht verbreitet. Insofern ist es gerade für diese Bevölkerungsschichten erforderlich, die Hemmschwelle finanzieller Belastung durch langwierige Ausbildung zu senken und transparent und kalkulierbarer zu machen.

Dies ist neben der Reduzierung der späteren finanziellen Belastung, die für junge Berufseinsteiger/innen aus den Rückzahlungsverpflichtungen resultiert, der noch

entscheidendere Grund für die Zinsfreiheit des Bafög-Darlehens. Eine Umgestaltung der Bafög-Modalitäten in dieser Hinsicht ist daher nicht beabsichtigt.

In diesen Kontext gehört auch die Beibehaltung der Möglichkeit der Erlangung eines Teilerlasses auf die Darlehensschuld im Falle der vorzeitigen Rückzahlung. Hintergrund dieser Nachlassregelung ist eine rein wirtschaftliche Betrachtung. Wegen der sehr langen Rückzahlungszeiträume (die sich durch mögliche Freistellungen bei geringen monatlichen Einkünften ggf. bis auf 30 Jahre zusammenaddieren können) für die zinslos gewährten Bafög-Darlehensanteile hat der Gesetzgeber bewusst einen Anreiz vorzeitiger Rückzahlung setzen wollen, dessen pauschale Bemessung entsprechend der Darlehens Vergabe nach den wirtschaftlichen Vorteil gestaffelt ist, der sich bei einer sofortigen Rückzahlung für die öffentliche Hand ergibt.

Naturgemäß sind die kumulierten Einnahmeausfälle aus Inflationsverlusten und Refinanzierungskosten überproportional hoch. Je höher die Darlehenssumme, umso länger ist aber wegen der einheitlichen monatlichen Rückzahlungsrate auch der Rückzahlungszeitraum überproportional hoch. Es ist in der wirtschaftlichen Betrachtungsweise der öffentlichen Haushalte daher immer noch günstiger, mit überproportional hohen Nachlässen besonders hohe Rückzahlungssummen sehr viel früher vereinnahmen zu können als für den gesamten Rückzahlungszeitraum auf die ungekürzte (aber durch Inflation und Refinanzierungskosten schließlich wirtschaftlich deutlich geringere) Gesamtrückzahlungssumme zu warten (Zitat Ende).

Im Klartext, Griechenland wurden 100 Mrd. Euro Schulden erlassen damit das Land dann deutlich schneller seine Schulden, die zwischenzeitlich um 100 Mrd. Euro gestiegen sind, bezahlen kann? Es ist unvorstellbar, dass sich der IWF, die EZB oder der Europa Rat dieser Meinung anschließen könnten – dadurch würden Billionen verbrannt. Ist das nur die absurde Meinung von Schavan oder auch von Merkel und der Koalition?

Die Initiative Agenda 2011 – 2012 beschreitet andere Wege. 2010 wurde der Öffentlichkeit ein Sanierungskonzept vorgestellt, das für jährliche Zusatzeinnahmen durch Einsparungen und Umlagen in Höhe von über 275 Mrd. Euro, für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Sie stehen an erster Stelle jedoch für mehr soziale Gerechtigkeit, erhöhen in dieser Summe die Binnennachfrage und Profite der Unternehmen.



Agenda 2011 – 2012 Die Initiative Agenda 2011 – 2012 hat die Krisen, wie viele Andere kommen sehen. Ein intensives Studium der Staatseinnahmen, Staatsausgaben, der öffentlichen Haushalte und eine Analyse des Bruttoinlandsprodukts haben zu den Schwachstellen geführt, die in den Haushalten liegen. An Hand von 30 Schwerpunktthemen wurde ein Sanierungskonzept erarbeitet, wie es so wahrscheinlich nicht ein zweites Mal zu finden ist. Wir widmen unsere Pressearbeit der Jugend und haben politische Aufklärung in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt.

Schwerpunktthemen Sanierungssummen

Hartz-IV	3,978 Mrd. Euro
Notopfer Berlin	1,300 Mrd. Euro
Aufbau Ost, Soli	11,000 Mrd. Euro
Börsensteuer	33,600 Mrd. Euro
Banken	4,000 Mrd. Euro
Atomindustrie	5,000 Mrd. Euro
Steuerausfälle	8,000 Mrd. Euro
Gewinne Banken	1,200 Mrd. Euro
Einkommenssteuer	20,000 Mrd. Euro
Profi Sport	0,300 Mrd. Euro
Steuerverschwendung	30,900 Mrd. Euro
Pharmaindustrie	1,001 Mrd. Euro
Arbeit und Soziales	5,000 Mrd. Euro
Praxisgebühren	3,500 Mrd. Euro
Bafög	1,080 Mrd. Euro
Kindergeld	6,000 Mrd. Euro
Krankenversicherung	9,000 Mrd. Euro
Bundeswehr	3,179 Mrd. Euro
Mittelstandsförderung	1,650 Mrd. Euro
Mehrwertsteuer	39,436 Mrd. Euro
Parteispenden	0,035 Mrd. Euro
Diäten	0,005 Mrd. Euro
Vermögenssteuer	30,000 Mrd. Euro
Benzinpreise	0,189 Mrd. Euro
Subventionen	25,444 Mrd. Euro
Entwicklungshilfe	0,200 Mrd. Euro
Gewerbesteuer	0,351 Mrd. Euro
Food	2,130 Mrd. Euro
Reichensteuer	4,000 Mrd. Euro
Erbschaftssteuer	25,000 Mrd. Euro
	276.478 Mrd. Euro



Impressum

Anschrift

Agenda 2011 - 2012

Dieter Neumann
Wintershall Allee 7
D 31275 Lehrte

Telefon

05132 52919

Telefax

05132 52919

E-Mail

info@agenda2011-2012.de

Internet

www.agenda2011-2012.de

Gegründet

2010

Umsatzsteuer- Identifikationsnummer Verantwortlicher im Sinne des § 55 Abs. 2 RStV

16-131-06189

Dieter Neumann (Anschrift wie oben)

Webdesign

Ulrich Huck
Dienstleistungen im Bereich
Print, Multimedia, Internet
und Webdesign
31061 Alfeld
www.uhuck.de



2011-2012
Agenda®

Agenda 2011 - 2012
31275 Lehrte
Wintershall Allee 7
Telefon/Fax 05132-52919
info@agenda2011-2012.de
www.agenda2011-2012.de

2011-2012
Agenda®

AGENDA®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

AGENDA®
2011-2012

agenda

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011 2012

2011-2012
Agenda®

AGENDA®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

2011-2012
AGENDA®

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011 2012

2011-2012
Agenda®

AGENDA®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

AGENDA®
2011-2012

agenda

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011 2012

2011-2012
Agenda®

AGENDA®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

AGENDA®
2011-2012

agenda